

Neuer

Social-Demokrat.

Eigenthum des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich, und zwar: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 17 1/2 Sgr., monatlich 6 1/2 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 1 1/2 Sgr.; bei den außerpreuss. Postämtern in Deutschland gleichfalls 1 1/2 Sgr. (18 Kreuzer Abb. Währ.)

Redaktion u. Expedition Berlin, Dresdenstraße Nr. 63. Bestellungen werden amwärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem Expiriteur entgegengenommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltiger Petit-Zeile oder deren Raum mit 4 Sgr. berechnet. Arbeiter-Annoncen die dreispaltige Zeile ober deren Raum 1 1/2 Sgr.

Zeitbetrachtungen am Wahltage.

H. In dem Augenblick, wo die Mehrzahl unserer Leser die heutige Nummer erhält, wird die Wahlschlacht beendet sein. Die aufklärten socialistischen Arbeiter Deutschlands haben damit einen neuen Anlauf gemacht gegen das Bollwerk der gewalthabenden Klassen, und die Dresche ist erweitert, welche in den Wall der Vorurtheile, der Feigheit und Dummheit gebrochen wird. Lauter wie vor drei Jahren tönte diesmal der Schlachtruf: Die Arbeit! Die Kapital! Und mächtiger gingen die Wogen der socialen Bewegung.

Mag das Ziel auch noch weit entfernt sein, welches wir uns gestellt haben, nämlich die Mehrheit des Volkes aufzuklären und zu vereinigen, damit sie die volle Freiheit auf socialen und politischem Gebiet sich erringe — Niemand kann es uns bestreiten, daß ein neuer, kräftiger Schritt vorwärts gethan ist, daß die Social-Demokratie nimmermehr erlahmen wird.

Die moderne Gesellschaft geht unaufhaltsam ihrem Untergange entgegen; die beispiellos wachsende Ausbeutung der Volksmassen, die verheerenden Krisen auf der einen Seite und der nichts achtende Uebermuth, die Verklüngung aller Sittlichkeit auf der anderen beweisen Jedem, welcher sehen will, daß die im Glanze der Nacht strahlenden Herren der Welt auf dem glühenden Vulkan tanzen, welcher jeden Augenblick seinen Schlund öffnen kann, um sie zu verschlingen. Welche Lehren haben uns doch die Jahre seit der letzten Wahl gebracht!

Da sehen wir zuerst das gewaltige erschütternde Schauspiel der Pariser Commune, den Riesenkampf des zur Verzweiflung getriebenen Proletariats, welcher nach den furchtbarsten Zudungen, nach lange schwankender Entscheidung endlich im Blute des Volkes erstickt wurde. Und doch sind die Nachhaber Frankreichs ihres Sieges nicht froh geworden; noch immer schwelgen sie — ein unerhörtes Beispiel in der Weltgeschichte — im Morde der Befangenen, und die Angst vor einer dereinstigen Pöbe des Volkes treibt sie zu den entsetzlichsten Gräueltthaten an.

Und in Deutschland hat sich ein nicht weniger lehrreiches Drama abgepielt. Die Bourgeoisie hat, hingerissen vom Taumel ihrer neuen Machtstellung, eine Epoche des Schwindels und der Ueberproduktion hervorgerufen, durch welche alsbald die notwendige Folge, eine kolossale Handelskrise, entstanden ist. Der militärische Siegesjubel hat dem socialen Nothstand in kurzer Zeit Platz gemacht. Lauter denn je pocht das Elend an die Thür der Arbeiterhütte.

In Frankreich wurde das arbeitende Volk niedergemetzelt durch die Ausbeuter. In Deutschland wurde es durch sie ausgeplündert. Das ist die bittere Lehre der verflochtenen drei Jahre.

Nun wohl, das arbeitende Volk hat nicht umsonst dies theure Lehrgeld gezahlt; die sociale Aufklärung, das Klasseninteresse des vierten Standes und der Durst nach Freiheit wachsen von Tag zu Tag. Die gesellschaftlichen Zustände selbst agitiren für den Socialismus.

Und so stärkt sich denn auch die Organisation Ferdinand Lassalle's, so mehren sich die Arbeiterbataillone trotz aller Wuth der feindlichen Ausbeuter.

Immer erbitterter wird der Klassenkampf. Die jetzige Wahl zeigt uns weit mehr noch als alle früheren, daß sich die sämtlichen Parteien, so sehr sie sich untereinander auch hassen mögen, vereinigen gegen die Social-Demokratie. Ein allgemeiner Nischmasch von Parteien, voll reaktionären Hasses gegen die Freiheit und voll kapitalistischer Ausbeutungssucht, gestaltet sich aus unseren Feinden — die gehässigste, aber auch die klüglichsste Erscheinung.

Doch, kann uns dies wundern? Sicherlich nicht! Das ist vielmehr die notwendige Entwicklung der Bourgeoisgesellschaft.

Die alten herrschenden Stände gehen auf in der Bourgeoisie, der Mittelstand wird von ihr erdroffelt und in's Proletariat hinabgedrückt, und so klast denn schon unüberbrückbar der Abgrund, welcher die zwei

großen Klassen der Gegenwart, die Enterbten und die Genießenden, die Arbeitsbienen und die Drohnen scheidet.

Die Socialisten haben diese Entwicklung schon vorausgesagt, als man sie kaum ahnte — welcher Lärm erschallte beispielsweise aus der Fortschrittspartei, als Lassalle ihr geradezu erklärte: alle Parteien sind der Arbeiterpartei gegenüber eine einzige reaktionäre Masse. Was die angeblichen Freiheitsmänner vor zehn Jahren verläugneten, das predigen sie jetzt öffentlich, und das bestätigt der jetzige Wahltag.

Wohlan denn, ist unsere Voraussage eingetroffen, daß sich die Gesellschaft unabwendbar spaltet in die Arbeiterklasse und die besitzende Klasse, daß zwischen Beiden um das Mein und Dein, der ingrimmige Klassenkampf losbricht — dann wird auch unsere fernere Voraussage in Erfüllung gehen; Der Kampf wird enden mit dem Triumph der Arbeit über das Kapital; die große kulturgeschichtliche Bewegung wird sich ganz vollziehen, und an Stelle des Pasters, des Glendes und des Klassenhasses wird, wenn die Arbeit Königin geworden, Sittlichkeit, Reichtum und Brüderlichkeit die ganze Menschheit beglücken.

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Januar.

In Carthago ist man noch immer guten Muths. Nach neueren Nachrichten hat das Bombardement, trotzdem es in letzterer Zeit ununterbrochen fortgesetzt wurde, sehr wenig Schaden an den Befestigungen verursacht. Die Belagerten erwiderten das Feuer lebhaft, und die Nachricht von der Regierungsänderung hat ihnen neuen Muth gebracht, da sie hoffen, daß die Gefinnungsgenossen im ganzen Lande sich endlich erheben werden, um der Herrschaft der ausbeutenden Klassen ein Ende zu machen. Wie es aber heißt, lassen sich die „Freiwilligen der Freiheit“ ruhig von den Regierungstruppen entwaffnen; das Volk aber hat keine Waffen. So müssen sich also die tapferen Verteidiger von Carthago auch ferner auf ihren eigenen Muth und ihre Standhaftigkeit verlassen. Wie einem italienischen Blatte geschrieben wurde, befanden sich in der Junta bisher 25 Franzosen, 16 Belgier, 18 Engländer, 3 Russen und 5 Italiener — ein Beweis, daß die Kämpfer von Carthago wissen, daß sie für gemeinsame, hohe Zwecke und nicht für partikularistische Bestrebungen in's Feuer gehen, indem sie die besten Kräfte, ohne Unterschied der Nation, auf solche Vertrauensposten berufen.

Die Blätter bringen folgende Notiz über die Angelegenheit des Kullihandels:

„Dem „Journal de St. Petersbourg“ wird aus Peking mitgetheilt, daß die chinesische Regierung gleichfalls sehr ernste Maßnahmen gegen den Kullihandel ergriffen habe. Sie manifestirte dies besonders dem Präsidenten von Peru gegenüber, welcher in der Absicht, die Begehungen seines Landes zu Japan und China zu regeln, nach Jeddo und Peking in der Person des Deputirten Aurelio Garcia y Garcia einen außerordentlichen Gesandten abgeschickt hatte, um mit diesen Ländern Verträge zu schließen. Nach Erledigung seiner Geschäfte mit Japan erbat dieser Letztere in Shanghai die Vermittelung der Vertreter Frankreichs und der Vereinigten Staaten, um mit der chinesischen Regierung in Verhandlung treten und namentlich einen Vertrag über die Auswanderung der Kullis schließen zu können. Die chinesischen Minister weigerten sich kategorisch, in freundschaftliche Beziehungen zu Peru zu treten, ehe nicht der letzte Kuli wieder nach China zurück gebracht sei. Der Gesandte erwiderte, daß eine solche Antwort auf die friedlichen Eröffnungen Perus allen diplomatischen Gebräuchen zuwiderlaufe, und daß China durch Ablehnung seiner Vorschläge sich des letzten legalen Mittels beraubte, die Auswanderung zu kontrolliren, und wenn endlich China jeder Transaction über die Kullisfrage abgeneigt sei, so liege hierin noch kein Grund, einen Vertrag mit einer unabhängigen Macht zu verweigern, welche den Wunsch nach einem solchen äußere. Die chinesischen Minister blieben unerschütterlich und trafen ihre Maßnahmen, um die Peruvianer zu verhindern, nach Peking zu kommen, so gut, daß, als der Sekretär des Gesandten Garcia diese Reise im Gefolge eines französischen Kaufmannes antreten wollte, er in Tientsin verhaftet und zur Umkehr nach Shanghai gezwungen wurde. Gleichzeitig trifft die chinesische Regierung die

strengsten Maßregeln im Süden des Landes, um die Sklavenausfuhr zu hindern, und koste dieselbe endlich auf Macao zu beschränken, aber welches sie jedoch keine Autorität hat. Bekanntlich hat die portugiesische Regierung in Macao entsprechende Maßnahmen verfügt.“

Dieser abscheuliche Menschenhandel wird also nun endlich aufhören, und die Lebensbedürfnisse der amerikanischen Arbeiter nicht weiter durch die Konkurrenz dieser bedürfnislosen Arbeitsthiere herabgedrückt. — Die chinesische Regierung wird freilich nicht aus diesen Motiven zu der energischen Handlungsweise getrieben — ihr geht es nur darum, daß ihre Ausbeutungsobjekte häßlich im Lande bleiben und sich dort redlich bei schwerer Arbeit von Reis und Mäusen nähren!

* Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Eine von Berliner Social-Demokraten (Lassalleanern) einberufene „Volksversammlung“, in welcher unter anderen Rednern auch Herr Hasenclever sich als Wahlkandidat der Arbeiterpartei verzeichnen ließ, wurde es durch eine Resolution „für Pflicht der Arbeiter erklärt, den 10. Januar zu einem Feiertag zu machen und für den Arbeiterkandidaten Hasenclever zu stimmen. Die Versammelten trennten sich mit den lebhaftesten Hofs auf den Kandidaten.“ — So berichtet der hiesige „Social-Demokrat“, und da dies Blatt Herrn Hasenclever zum Leiter hat, so zweifeln wir nicht an dem Superlativ der Hofs auf Herrn Hasenclever, zu deren gedrucktem Echo sich der „Soz.-Dem.“ macht. In derselben Nummer versichert das rothe Blatt: „daß die Abonnentenzahl sich in diesem Quartal auf 17—18,000 erhöhen werde,“ und es schließt daran den frohlockenden Satz:

„Der Zuwachs von 8000 Abonnenten in dieser Zeit der Arbeitsnoth giebt uns aber auch die Berechtigung, zu glauben, daß am 10. Januar bei erstem Willen und großer Thätigkeit unsere Partei einen bedeutenden Wahlsieg errichten wird.“

Nun, der als Feiertag in Aussicht genommene Wahltag wird ja zeigen, ob für die Social-Demokraten bereits die Zeit da ist, die Früchte der Ausfäden des Liberalismus in ihrer Schenken zu bringen. Zum „Dreschen“ ist es bekanntlich nie und da schon gekommen, und der Zuwachs an Abonnenten, auf welchen der Berliner „Social-Demokrat“ seine rothen Hoffnungen baut, ist doch auch ein nicht zu unterschätzendes Symptom dieser Zeit.“

Die „Kreuz-Zeitung“ ärgert sich sichtlich darüber, daß auch andere Leute, als Könige und Fürsten, vom Volke mit Hofs bedacht werden!

Das „rothe Blatt“ und die „rothen Hoffnungen“ erinnern lebhaft an das bekannte Gedicht vom Morgenroth! — Im Uebrigen sind die Social-Demokraten bescheidener, als die „Kreuz-Zeitung“ sich vorstellt; auf „Früchte“ machen sie noch keinen Anspruch; sie sind damit zufrieden, einige Vertreter in die gesetzgebende Versammlung zu bekommen, damit das Elend des arbeitenden Volkes von der wichtigsten Stelle im Reiche herab enthüllt wird, und die herrschende Klasse nicht länger einen großen Theil des Volkes in Unkenntniß von dem Streben ihrer Brüder halten kann.

Wir sind noch am „Säen“, und „gedroschen“ wurde bis jetzt nur von anderen Elementen; wir brauchen nur an den „Friedrichshain“ zu erinnern und an das öftere „Einschreiten“ des Militärs bei Streiks.

* Die „Eberfelder Zeitung“ schreibt:

„Die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung“ bringt unter allerlei feinen Ausfällen auf die „Eberfelder Zeitung“ eine neue Korrespondenz von ihrem mehrerwähnten Eberfelder Berichterstatter, worin derselbe die Wähler des Herrn Dr. Ueber dagegen verwahrt, daß dieselben in einer möglichen engeren Wahl zwischen dem Socialdemokraten Hasenclever und dem liberalen Kandidaten Justizrath Stader nicht so „prinzipien- und charakterlos“ sein würden, ein „schwarz-rothes Bündniß“ einzugehen. Der „Lederbissen“ würde niemals vorgelegt werden, dessen dürfte der Korrespondent uns versichern. — Wir nehmen selbstverständlich von dieser Versicherung hier kein Notiz, und werden die hiesige ultramontane Partei f. z. daran erinnern.“

Jedenfalls ist die Partei der „Eberfelder Zeitung“ auf den „Lederbissen“ (1500—800 Stimmen) sehr erpicht. Sollte es aber den social-demokratischen Arbeitern auch nicht gelingen, im ersten Wahlgange sämtliche Gegner zu überwinden, so werden die katholischen Arbeiter wissen, was sie zu thun haben. Höchst merkwürdig wäre es, wenn dieselben einem „Ausnahme-gesetz-fabrikanten“ ihre Stimme gäben, besonders Angeichts der bevorstehenden Verhandlungen über das Preßgesetz.

* Ein Hamburger Korrespondent der „Zeitung Nachrichten“ schreibt:

„Welchen Ausgang die Wahlen zum Reichstage bei uns nehmen werden, ist nicht wohl voranzusehen. In unserer Tagespresse ist aber ein Paar der aufgestellten Kandidaten ein heftiger Federkrieg ausgebrochen, der, will uns bedünken, etwas zu leidenschaftlich geführt wird und aus dem möglicherweise nur die Social-Demokraten, gegen welche doch die Liberalen aller Schattirungen vereint Front machen sollten, Nutzen ziehen werden. Jetzt, in der ersten Stunde, hebt eine gewisse Partei, die gar zu stark konservativ gefärbt ist, sogar noch einen ganz neuen Kandidaten, dessen parlamentarische Fähigkeiten schwerlich Viele kennen, auf den Schild und wird damit nur eine höchst bedauerliche Zersplitterung der Stimmen erzielen.“

Die guten Leute haben doch eine riesige Angst, daß sie durch einen Arbeiter im Reichstage vertreten würden!

Bereins-Theil.

Die Bevollmächtigten an den Hauptorten der verschiedenen Wahlkreise werden ersucht, nach den Wahlen das Gesamt-Resultat derselben mitzutheilen, damit im Parteiorgan eine genaue Zusammenstellung gemacht werden kann. Das Resultat ist am genauesten aus den Amtsblättern zu ersehen.

Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, bald ihre Entscheidung über die im letzten Zirkular vorgelegten Angelegenheiten einzusenden, da betreffendes schon angefragt wurde.

In der Prozesssache wider Frohme wegen eines Berichtes in Nr. 110 unseres Parteiorgans über den Frankfurter Biertravall fand am 9. Januar die Verhandlung vor dem Berliner Stadtgericht statt. Frohme wurde wegen Anreizung zu Haß und Verachtung zu 9 Monat Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahr Gefängniß. — Gleichzeitig wurde der verantwortliche Redakteur C. Becker wegen Preßvergehens in derselben Sache zu 100 Thaler Geldstrafe, event. 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 200 Thaler Geldstrafe, event. 6 Monat Gefängniß beantragt. Der Staatsanwalt beantragte für Frohme die ständebriefliche Verfolgung, resp. seine sofortige Verhaftung, welchem Antrage der Gerichtshof indeß nicht beipflichtete. Bemerkenswerth ist aus dem Plaidoyer des Staatsanwalts, daß er die social-demokratischen Agitatoren als die gefährlichsten Menschen bezeichnet, welche kein Vaterland kennen und haben, über all und nirgends zu finden sind. D, wie edel!

Mitar, 4. Jan. (Versammlung.) Am 4. ds. hatten die Nationalliberalen eine Versammlung einberufen, in welcher ein Kandidat zur Reichstagswahl aufgestellt werden sollte. Der Vorsitzende, Bürgermeister Fern, ertheilte dem anwesenden Kandidaten, Stadtschultheiß Albrecht, das Wort, worauf dieser seinen Vorschlag ausbrachte. Das Erste war, daß es ihm freute, die nationalliberalen Subjekte persönlich kennen zu lernen; alsdann lobte er den Oberbürgermeister Albrecht in Dän. Sprache, den er als einen wahren Volksmann hinstellte. Als Beweis führte er an, daß gedachter Herr seine Stellung in Dänemark aufgegeben, um in Berlin einige Stufen höher auf der Leiter der Bureaukratie zu steigen und eine größere Einnahme zu erzielen. Wir glauben gerne, daß er ein echter Volksmann im Sinne der nationalliberalen Lobhudelei ist. Der Herr Redner fährt nun fort, uneliebigend des Sprichworts: „Eigenslob sinkt“, und rühmt sich seiner selbst als die wirksamste im Reichstage und verweist seine Kollegen auf die besetzten Blätter, worin seine Nachwerke enthalten sind. Für die Aufhebung der Salzsteuer wolle er, wenn er gewählt würde, energisch eintreten, aber es müßte selbstverständlich eine andere indirekte Steuer an deren Stelle treten, sonst wolle er damit nichts zu thun haben. Das große stehende Heer ist nach seiner Meinung notwendig, um wieder einen Massenmord anzuführen zu können. Alle deutschen Patrioten müßten daher, um ihren Selbstschutze und die Arbeiter ausbenten zu können, ein stehendes Heer haben. Der Redner sagte auch gerade heraus: „Für die Arbeiter werde ich nichts thun, sondern bloß „für das deutsche Reich“ wirken.“ Wir Arbeiter erwarten auch nichts von dieser nationalmissvergnüglichen Bourgeoisie, denn ein Arbeiter kann nie für die Rechte des arbeitenden Volkes wirken; er wird vielmehr für Ausnahmsgesetze jeder Art stimmen, damit die Noth der Arbeiter noch vermehrt werde; darum rufen wir: „Weg mit allen Bourgeoischwindeln.“ Lange genug haben wir für den Geldsack die Ketten der Lohnsklaverei getragen, laßt uns bei der nächsten Wahl beweisen, daß wir uns bemühen, dieselben abzuschütteln und frei und offen mit Muth und Energie für unseren Kandidaten einzutreten, damit er erfolgreich aus der Wahlurne hervorgehen möge. Mit social-demokratischem Gruß G. A. Rege, Schriftführer.

Kiel, 8. Januar. (Bericht.) Es war am 6. Januar eine große Wahlbewegung in Kiel. Damit die Arbeiter nicht in die Versammlung kommen konnten, hatte die Landespartei am 6. Januar um 3 Uhr Nachmittags eine Versammlung anberaumt, wozu die drei Kandidaten Dr. Gröbel, Herr Hartmann und Professor Hänel eingeladen waren. Jeder sollte sein Programm entwickeln. Herr Hartmann wurde telegraphisch davon benachrichtigt. Die Versammlung der Landespartei wurde durch den Buchhändler Mehl eröffnet. Das Bureau kam in unsere Hände, und Herr Bendin war erster, Herr Heintzel zweiter Vorsitzender, Herr Schmidt war Schriftführer. Dr. Gröbel bekam nun erst die Erlaubniß, seinen Reims-Reims anzuschütten; das Selbstbestimmungsrecht war natürlich das Erste. Herr Heintzel setzte demselben aber auseinander, daß das Selbstbestimmungsrecht nur eine Maske sei, wo sich die Arbeiterfeinde hinter verstecken. Die Arbeiterfrage würde von der Landespartei verworfen, und die Rechte des arbeitenden Volkes, die in dem Programm zur Reichstagswahl enthalten seien, würden auch nicht anerkannt, folglich könnte das Selbstbestimmungsrecht keine Anwendung finden von Seiten des Volkes, sondern es sei lediglich das Bestreben der Landespartei, die Arbeiterpartei zu zersplittern und, wie alle reaktionäre Parteien, den Arbeiter in die Ketten der Lohnsklaverei zu schlagen noch fester schmiegen zu wollen. Redner wies nach, daß die Führer der Landespartei größtentheils 1863 der Volkspartei angehörten. Sie haben daher nur, wie der Hase, den Balg gewechselt, aber die Echtheit ist geblieben. Um 5 Uhr Abends kam Herr Hartmann aus Hamburg und begab sich in das Versammlungslokal, wo es ihm leicht war, die vorgebrachten althergebrachten der Landespartei zu widerlegen. Zum ersten Male hatte unsere Partei die Gelegenheit, sich mit den Gegnern der Arbeiterfrage hieselbst zu messen, und zugleich vor der drei Tausend Mann starken Versammlung darzutun, daß nur durch die Social-Demokratie eine vollständige Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes geschehen könne. Die Landespartei wurde gehörig entlarvt und wurden Vielen die Augen geöffnet über die Beschaffenheit dieser reaktionären Bande. Möchten doch alle Arbeiter sich mit Abscheu von dieser Bourgeoispartei abwenden, die, um die gerechten Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken, sich nicht zu gut hält, das Selbstbestimmungsrecht auf ihr Programm zu schreiben, um die Arbeiter, wie 1848, in ihr Schlepptau zu legen. Freunde, laßt uns alle Zersplitterungsversuche, wie bisher geschehen, mit Muth und Energie bekämpfen, damit der Sieg unserer gerechten Sache und zu Theil werde. Mit social-demokratischem Gruß Schmidt.

Kiel, 9. Jan. (Volkerversammlung.) Wir hatten hier eine von 7000 Mann besuchte Versammlung. Eine so stark besuchte Versammlung hat noch nie in Kiel stattgefunden. In das Bureau wurden gewählt: Herr Bendin als erster, Herr Heintzel als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer. Herr Hartmann referirte über die der Arbeiterpartei gegenüberstehenden Parteien. Er deutete das ganze Blendwerk der Landespartei auf und zeigte, daß sie die Phrase von „Selbstbestimmung“ nur benutzte, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen; wenn sie dieses nicht wollten, so würden sie selbstverständlich nicht die gerechten Forderungen der Arbeiter bekämpfen. Herr Staack sprach über die Krebsgeschäden der heutigen Gesellschaft. Herr Bendin forderte Alle auf, am Wahltag aufzupassen und verlas die Wahllokale in Kiel. Er kritisirte die Rede des Rentiers Thomsen. Herr Heintzel sprach über die Beschaffenheit des Stimmzettels; auch theilte er mit, daß zwei reaktionäre Landespartei, nämlich die Professoren Hänel und Gröbel, uns fürcht, daß ihre Augustenburger, erschwärmerl an den Pranger gestellt würden, es vorgezogen hätten, nicht zu erscheinen. Ersterer würdigte, als ein echter Partikulär, unserer Einladung keiner Antwort. Wir erinnern den Herrn, daß in dem Bewegungsjahre 1848-50 die Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern sich für den Augustenburger hingschlachten ließen, ohne auch nur etwas zu erlangen. Diesen Partikulären nun zu verherlichen, heißt das Volk abermals dem Mittel überlassen wollen, aber die Arbeiter sind jetzt so weit, daß sie sich nicht von die Augustenburger Erbsenen Sand in die Augen streuen lassen. Der Gröbel antwortete uns brieflich auf die Einladung, „er sei zu sehr angegriffen.“ Wir glauben gerne, daß der Herr angegriffen ist, nämlich angegriffen von der Furcht, daß der Schwind seiner Landeshandeln aufgellakt und somit ihren Leibchen ein Ende gemacht werde. Alle Arbeiter, denen die Bestrebungen dieser Partei noch nicht bekannt sein sollten, mögen nur die Schredenzeit Schiedwig Holsteins von 1816-50 lesen, wo gewisse Herren als Berräther die Freiheit des Volkes mit Füßen traten. Das ist das Bestreben der Landespartei; deshalb laßt uns zeigen, daß wir als Männer, eingedenk des Ausspruchs uneres Vorläufers Ferdinand Lassalle's: „Uns gegenüber bilden sie Alle eine reaktionäre Masse“, alle Anspielungen der Landespartei mit Abscheu zurückweisen. Zeigen wir, daß wir nicht gewillt sind, uns von den Augustenburgern fördern zu lassen, die uns ebenso gut ausbenten würde, wie die jetzige Bourgeoisie. Mit social-demokratischem Gruß Schmidt, Schriftführer.

Die Bevollmächtigten, Beitragssammler und die Parteigenossen überhaupt werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß alle Geldsendungen an den Vereinskassirer W. Gräwel zu richten sind; (Vereinsbeiträge, freiwillige Beiträge zur Agitation und für Gemahregelte; Gelder für Annoncen und Broschüren u. s. w.) Auf dem Koupon der Postanweisungen ist der Zweck anzugeben. Briefe in allen Vereinsangelegenheiten sind an den Sekretär Derossi zu adressiren. Einsendungen für das Parteiorgan, den „Neuen Social-Demokrat“, sind an die Redaktion desselben zu richten. Werden in einem Briefe an verschiedene der angegebenen Adressen Notizen u. s. w. versandt, so müssen dieselben jede extra auf einen Zettel geschrieben werden. Zur schnelleren und exakten Erledigung der Geschäfte ist dies dringend nöthig. Sämmtliche Adressen sind Dresdenerstr. 63. Berlin. S.

Dem dänischen Blatt „Socialisten“ entnehmen wir folgenden interessanten Artikel: König Klein und der §. 90 des Strafgesetzes.

Herr Erone stößt in seinem Bericht an das Justizministerium, betreffend die Kopenhagener Polizei im Jahre 1872, wieder einen seiner Nagenseufzer über die Socialisten aus; „sie erwecken nicht nur Haß und Verachtung gegen die gegenwärtige Regierung und ihre untergebenen Behörden, sondern auch gegen Gesetz, Richterstuhl und gegen jede Behörde im Staate.“ Wir haben ganz gewiß die Gelegenheit nicht veräumt, die nationalliberale Partei in das Licht zu stellen, und wir werden fortfahren damit, bis sie nicht nur gestürzt, sondern auch ihre verdiente Strafe erhalten hat. Eine Anklage, die wir daher

leugnen, ist, daß wir Haß und Verachtung gegen das Gesetz verbreiten. Unsere Gesetzgebung ist und freilich nicht zuwider, die ist, im Ganzen genommen, recht vernünftig, aber ihre Anwendung, die ist verächtlich und verdient mit Hohn, Verachtung und Haß überhäuft zu werden.

Vor einigen Monaten wurde der verantwortliche Redakteur dieses Blattes von dem Obertribunal zu acht Monaten Zuchthaus verurtheilt wegen einer Beleidigung des Königs. Das Urtheil ist inzwischen dahin geändert, daß die Strafe ganz wegfällt. Es könnte nun scheinen, als wenn dieses ein Gnadenakt ohne Gleichen war, aber die Sache ist die, daß das Urtheil ein Mißbrauch alles dessen war, was man Recht und Gerechtigkeit nennt. Das Urtheil lautet nämlich so: „Da das von dem in Rede stehenden redigirte Blatt mehrmals „König Klein und seine Trabanten“ geschimpft hat, und dabei auch auf Männer hingewiesen, welche hier im Obertribunal in der zweiten Klasse Nr. 12 sitzen, so wird er wegen Beleidigung König Christian des Neunten mit acht Monaten Zuchthaus bestraft.“

Also ungefähr ein Seitenstück zu dem Urtheil der 3 Fährer. Wie unsere Leser wissen, enthalten die angeklagten Artikel keineswegs Majestätsbeleidigungen, es sei denn, daß es schon beleidigend sei, zu sagen: „Der König ist nicht unfehlbar!“ Waren die obigen Äußerungen auf einen Beamten angewendet, so konnte die Verantwortung keinem Zweifel unterliegen.

Wenn die in Rede stehenden Artikel auch dem Könige Vorwürfe machten, so waren dieselben doch immer in geschicklicher Form; von ehrenkränkenden Äußerungen, womit die Organe der nationalliberalen Partei, als sie Opposition machten, den König überhäuft, konnte keine Rede sein.

Nach dem Gesetz vom 3. Januar 1851, § 6, soll „Derjenige, der in gedruckter Schrift den König ungerechtere und schändlicher Handlungen beschuldigt und die Urtheile verhöhnt, sowie beleidigende Äußerungen über den König und seine Person macht, mit Gefängniß von drei Monaten bis zwei Jahren bestraft werden.“ Diese Gesetzesbestimmung ist durch das § 90 im neuen Strafgesetzbuch aufgehoben; hiernach ist die Strafe auf drei Monate Gefängniß oder Zuchthaus festgesetzt für Denjenigen, der durch Drohungen, Verhöhnungen oder durch andere beleidigende Handlungen die Ehrerbietung verletzt, die er dem Könige schuldet.

Dieser Paragraph umfaßt also nicht nur die Fälle, wovon der § 6 im Gesetze vom 3. Januar 1851 spricht: „Wenn es in gedruckter Schrift geschieht“; sondern auch Handlungen von viel grober Beschaffenheit. Die gesunde Vernunft sagt, daß die Rechtsbegriffe sich nicht von 1851 bis 1866 so verändert haben, daß das, was vor 1866 mit einig Monaten einfacher Gefängnißhaft, jetzt, nach 1866, Zuchthausarbeit bestraft werden soll.

Ferner sagt die gesunde Vernunft, daß es keine wahnwitzige Gesetzgebung giebt, welche als Strafe öffentliche Arbeiten erkennt für Verbrechen, für welche man den eigentlich Schuldigen nicht zur Verantwortung ziehen kann noch wird, sondern eine Person bestraft, welche formell die Verantwortung übernommen hat. Wenn nun das Obertribunal nichtsdestoweniger den Redakteur Hansen zu acht Monaten Zuchthausarbeit verurtheilt hat, so ist das der stärkste Mißbrauch, den man jemals gemacht hat, und was man Verbrechen nennen kann. In der Begnadigung sehen wir, daß das Obertribunal zu der Einsicht gelangt ist, daß der König Klein endlich klau geworden ist; da gehört viel zu. Wie „Fädrelandet“ erklärt, hat das Obertribunal die drei Führer verurtheilt, und Herr Klein äußerte in einer Speidh ledergesellschaft von Handwerkern in Aalborg, daß der König Christian der Neunte nicht begnadige, sondern daß König Klein das in Händen habe.

In § 90 des Strafgesetzes hat die nationalliberale Partei eine Goldgrube entdeckt. Se. Majestät der König muß immer herhalten. Wenn der oder der andere politische Gegner der Partei unglücklich wird, so gilt es bloß, etwas aufzufinden, was man Beleidigung oder Drohung gegen den König nennt, und binnen Kurzem sitzt derselbe im Zuchthaus. Es wird in wohlunterrichteten Kreisen erzählt, daß, während die Herren Berg und S. Hansen ihre politische Rundreisen in Jütland machten, im Staatsrath und unter den Ministern ernstlich gerathschlagt wurde, wie man diese beiden in Untersuchung wegen Beleidigungen des Königs bringen könnte. Die Anstalten des Ministeriums und ihrer Handlanger bürgen für die Wahrheit dieses Gerüchtes. Der Wille fehlte nicht, aber Muth hat gefehlt. Wenn das Volk sich lang diesem Unwesen befindet, so wird die Zeit nicht fern sein, wo faktisch keine Rechtsficherung existiren kann.

Wir wiederholen deshalb nochmals das, was

schon bei früheren Gelegenheiten gesagt: daß das Gesetz nicht für Alle gleich ist, aber wir haben die Hoffnung, daß die Zeit nicht ferne ist, wo das Ministerium gestürzt wird und wo die in der Administration und in den Berichten eingerissene Demoralisation, wenn nicht vollständig gehoben, so doch in der Entwicklung gehemmt wird. In einer nicht ferneren Zukunft, hoffen wir, daß ein Tag des Gerichts kommen wird.

Der Handel mit weißen Sklaven in Italien.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Times“ ein Schreiben von ihrem Korrespondenten in Rom, woraus wir Folgendes hervorgehen: Nach einem Gesetz, welches verbot, Kinder bei im Umherziehen betrieblenen Gewerben zu benutzen, hat das italienische Parlament einen Versuch gemacht, alle verbotenen Mißbräuche abzuschaffen. Es ist eine große Frage, ob die kleinen Knaben und Mädchen, welche sich jeden Tag auf den Straßen in Paris, London, Wien, New York und Chicago zeigen, wo sie die sogenannten im Umhergehen betrieblenen Gewerbe betreiben, welche betteln und stehlen, in vieler Hinsicht nicht noch schlechter gestellt sind, als die afrikanischen Neger und der asiatische Kuli auf den Plantagen in Ostindien. Diese Kinder werden von ihren Eltern unermesslicher Weise in die Lehre gegeben bei Italienern oder Ausländern, welche sich verpflichten, die Kinder auf eine väterliche Weise zu behandeln und dafür gleich oder später eine Summe Geldes bezahlen, wodurch sie dieselben während in ihre Gewalt bekommen und sie nach ihrer Laune schickeln, wo sie von den Enterpenenren gezwungen werden, unter verschiedenen Vorwänden zu betteln. Diese betteln die Kinder auf die grausamste Art, wenn sie nach der Rückkehr ihres Herrn des Abends nicht genug Geld mitbringen.

Daß der Handel vorteilhaft für die Unternehmern ist, geht daraus hervor, daß sie mit großer Bereitwilligkeit die Rekruten der Kinder, selbst nach überseeischen Ländern, beschaffen. Diese Kinder können sich daher nie frei arbeiten, sie müssen immer mit ihrem Verkaufer gehen, und ihre weiche Manen vorzeigen, während sie betteln. Das Leben, wozu diese armen Kinder verdammt sind, verläuft in den meisten Fällen ihren baldigen Tod und hat unter allen Umständen ihr vollständig moralisches Verderben zur Folge. Die im Auslande oder auf Reisen befindlichen Italiener fühlen die größte Schande und Trauer über ihre kleinen Landeskinder in einem so entwürdigenden Zustande, und sie sind daher immer bestrebt gewesen, ihre Regierung nach die Autoritäten anderer Länder zu bewegen, gegen diese Kinderkinder vorzugehen, oder wenigstens den Kindern eine bessere Behandlung zu sichern, aber die Schwierigkeiten, welche solchen Bestrebungen begegnen, sind unüberwindlich gewesen. In einigen Fällen, wo vollständige Beweise von graunamen Mißhandlungen und schlechter Verpflegung gedruckt sind, haben sowohl die englischen wie die amerikanischen Richter die unarmen Kinder der Eltern nach der äussersten Strenge des Gesetzes bestraft; aber hohe Brüche und selbst Gefangenschaft, hat selten ein anderes Resultat erzielt, als die Schärfe der Scharfen zu schärfen und ihre Brutalität gegen ihre jugendlichen Opfer noch zu vermehren.

Früher wurden diese, der Seele und Leib niederdrückenden Tyrannen angeführten Kinder, von den Apeninen an die Grenze von Uncia, Crema und Parma gestolt, und wenn man sie fragte, wo sie zu Hause seien, antworteten sie fast alle: „In Parma“.

Sonderburg, 4. Jan. (Volksoersammlung.) Wir hielten heute um 4 Uhr Nachmittags eine große Volksoersammlung ab, in welcher Herr Radenhausen aus Altona über das Arbeiterprogramm und die Kandidatur des Herrn Winter referirte. Nachdem der Redner geendet, wurde zur Interpellation aufgefodert; hierauf meldeten sich der dänische Redakteur Pingel und ein deutscher Realgymnasiallehrer Dahl. Sonst wollen sich die deutschen und dänischen Bourgeois beinahe anstreffen, aber wenn es gilt, gegen die Arbeiter zu kämpfen und ihre gerechten Forderungen mit Füßen zu treten, dann ist der Haß vergessen. Dies zeigt uns wieder das Auftreten dieser beiden Bourgeois. Der Pingel sprach nun gleich nach seiner Rede von dem dänischen Bauer Krüger, der seine Reden von der Kopernagen bezieht, aber für solche Leute, wie Pingel, ist er ein gelehrter Mann, wenn er nur den Paragraphen 5 anwendig weiß. Damit das tolle Geschwätz des Pingel etwas mehr Anhang fand, heulte sein Kamerad Dahl ein dänisches Nationalgedicht, welches, wie Beide erwarteten, auf die Arbeiter wirken sollte, damit sie den § 5 acceptirten sollten. Die Arbeiter werden aber lüch und sehen ein, daß die dänische Bourgeoisie sie bloss in das Schlepptau legen will, um bei einer günstigen Gelegenheit die Arbeiter als Stimmvieh für ein paar verreckte Großgrundbesitzer zur Wahlurne treiben zu können. Dieselben würden dann selbst verständlich in ihren Kopernagen Reden nicht für die Arbeiter, sondern nur für dänische Bourgeois-Bildwände thun. In Folge des durch Pingel und seinen Freund verursachten Skandalens; wurde die Versammlung aufgelöst. Mit socialdemokratischem Gruß

F. Hesse.

„Literarisches Bureau, Pressfonds und Reptilienfonds“

unter diesem Titel bringt die „Germania“ eine Abhandlung in ihren letzten Nummern. Im Schlusartikel resumirt sie:

„Die Unternehmung, welche die Regierung im größten Theile der Presse geübt hat“, beruht nicht „auf der freien Ueberzeugung der politischen Kreise und ihrer Organe“, (wie die „Pres.-Korresp.“ schrieb), sondern auf den finanziellen Zuwendungen, welche die Regierung den Eigentümern oder Redaktoren gewährt. Es nehmen diese Zuwendungen sehr verschiedene Gestalten an, und wir sind nicht in der Lage, alle Manipulationen, welche in dieser Richtung stattfinden mögen, aufzuzählen; aber einige derselben können wir aufzählen und dem öffentlichen Urtheile unterstellen. Erstlich sind Zeitungen mit Geldern aus Staatsfonds gegründet und sodann an Privatunternehmer übergeben worden, mit der Bedingung, die Regierungspartei zu vertreten und nach den Anweisungen, die ihnen zukommen würden, sich zu verhalten.

Zweitens sind schon bestehende Zeitungen von oppositio-neller Haltung gekauft, mit Staatsgeldern, aber aus Namen von Privatden gekauft worden und unter sehr verschiedenen finanziellen Bedingungen, aber immer mit dem Auftrage, der

Regierung rücksichtslos zu Diensten zu stehen, zuverlässigen Kluben übergeben worden.

Drittens werden Zeitungen unter der Bedingung, sich nach dem Willen der Regierung zu verhalten, aus Staatsmitteln subventionirt, entweder durch Deckung der Ausfälle oder durch regelmäßige Zuschüsse zu den Herstellungslosten oder durch gelegentliche Zahlungen bei eintretendem Bedarfs-nisse.

Viertens erhalten Zeitungen — natürlich immer auf dieselben Bedingungen hin — Unterstützungen an barem Gelde noch in anderen Formen, beispielsweise dadurch, daß für sie Rationen gestellt werden, oder dadurch, daß auf Staatskosten eine beträchtliche Anzahl von Exemplaren abgenommen wird, oder noch auf andere Weis.

Früher wurden Correspondenten geradezu in festen Sold genommen, mitunter — was nicht immer — ohne Mitwissen der Eigentümern der Zeitungen.

Schließlich stehen noch ganz andere Mittel und Wege der Regierung zu Gebote und werden von ihr benutzt, um föderige Redaktionen damit zu strecken. Auf diesen Punkt zurückzukommen, behalten wir uns aber vor, wenn sich eine zwingende Veranlassung bieten sollte. Für jetzt nur so viel, daß wie aus ungera nater Polemik gegen Verfallsblätter rüchten.

Wenn trotz alledem die „Pres.-Korresp.“ sagt: „Es ist völlig richtig, daß eine Reihe von Zeitungen von der Regierung erhalten werden. Es giebt in Frankreich, mit Ausnahme der anerkannt öffentlichen Blätter, keine einzige Zeitung, welche von der Regierung erhalten wird, keine einzige, die sich im Besitz oder zur unmittelbaren Verfügung der Regierung befindet“, und weiter:

„Es giebt, wie gesagt, in der ganzen Monarchie keine Zeitung, welche direct von der Regierung erhalten wird“, so legt sie offenbar das ganze Gewicht auf die unrichtigen Worten „unmittelbar“ und „direct“, deren Bedeutung aber mit dem Vorausgesetzten erhellt.

Wir sind, wie schon oben bemerkt, in den Stand gesetzt, mehrere summarischen vorstehenden Behauptungen zu beweisen. Es bleibt noch zu erörtern, woher die Mittel kommen, um die bedeutenden finanziellen Aufwendungen zu den angeführten Maßnahmen zu bestreiten.

Bis zum Jahre 1867 handten der Regierung zu Presszwecken nur die sogenannten „gehobenen Fonds“, Anfangs im Betrage von 30, später von 40,000 Tlren. jährlich zu Gebote. Bis in diesem Zeitpunkt hat sich auch die gouvemementale Beeinflussung der politischen Presse in beschriebenen Grenzen gehalten. Dann aber erhielt die Regierung die völlig freie, mit keiner Verantwortlichkeit verbundene und selbst von jeder Rechnungslegung entbundene Verfügung über den sogenannten Resten- oder Reptilienfonds, dessen jährliche Einnahme von circa 900,000 Tlren. zur Abwehr etwaiger „Un-ruhen“ des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen verwendet werden sollten. Diese „Unruhen“, soweit sie überhaupt stattgefunden, haben jedenfalls nur ein sehr beschädbliches Maß erreicht, und seit dem Jahre 1870 ist überhaupt Nichts vorgekommen, was die Regierung hätte nöthigen können, diese Gelder bestimmungswäßig anzugreifen. Nichtsdestoweniger hat das Staatsministerium (durch Camp-hausen) auf die Frage des Abgeordnetenhauses nach dem Betrage und der Verwendung dieser Revenuen geantwortet:

„Angaben, welche vermöge ihrer Bestimmung zur unmittelbaren oder mittelbaren Abwehr feindlicher Unternehmungen unter die Kategorie des § 2 der Beschlagsnahmefehde fallen, haben sich in den neuerwähnten Landesstellen zahlreich genug ergeben (war nicht das?), um es nicht zur Aus-sammlung von Beschlüssen aus den Ueberschüssen der mit Beschlag belegten Vermögensmassen kommen zu lassen. Ueber die Zwecke der Verwendung der Revenuenüberschüsse nach Maßgabe der gedachten gesetzlichen Vorschriften beschließt das Gesamtministerium. Die Verwendung der demgemäß den einzelnen Ressortministerien überlassenen Beträge erfolgt derselben selbstständig. Der Finanzminister bewirkt die Ueberweisung der durch die Beschlüsse des Staatsministeriums festgesetzten Beträge an das betreffende Ressort. Eine Betheiligung der Oberrechnungskammer bezüglich der Verwendung der in Rede stehenden Ueberschüsse findet aus denselben Gründen nicht statt, aus denen die Rechnungslegung an den Landtag für abgeschlossen zu erachten ist.“

Nach Inhalt und Form ist diese Erklärung nichts Anderes als eine sehr entschiedene Verweigerung jeder Antwort auf die gestellte Frage. Danach wird es aber erlaubt sein, bei der allgemeinen Annahme zu verharren, daß es der Besetzungs ist, aus dessen Einnahmen die Kosten der Beeinflussung der Presse bestritten werden. Mit einigen guten Willen läßt sich ja der Begriff der „Abwehr feindlicher Unternehmungen“ auf die Bekämpfung jeder Art von Opposition, in der Presse, in Vereinen, im Land- und Reichstage, ausdehnen, und bei einer solchen Deutung des Begriffes stehen der Regierung zur Bearbeitung der Presse Summen zur Verfügung, welche die gegenwärtigen Presszustände in Preußen und Deutschland vollständig begründet machen. Mit beinahe einer Million jährlich läßt sich Vieles kaufen.“

So die „Germania“. Wir sind übrigens der Ansicht, daß es Zeiten gab, wo die Regierungen auch die „fromme“ Presse bedachten, wenn es sich darum handelte, das Volk zu „firkeln!“

Bermischtes.

(Germanisirung des Ellasses.) Der „Neuen Münchener Zeitung“ wird aus Schwetzer geschrieben: Am 8. d. M. trat der hiesige Pfarver Heinrich in die erste Klasse Prima-klasse ein und sah den im Unterrichten begriffenen Lehrer Handreich mit den Worten an: „Sie fällchen hier die Geschichte und leiten die Kinder systematisch zur Betrachtung der Geisteswissenschaften“, fragte ihn, ob er vom Heinrich IV. erzählt und die Kinder dabei nicht zu Nichtern über Papst und Bischöfe gemacht habe? Begrüßte aber die Erzählung eines Knaben, rief er: „Schämen Sie sich nicht, als katholischer Christ den Kindern solche Sachen zu erzählen?“ Dann zu den Schulkindern gewendet, fuhr er fort: „Da ist die Religion angegriffen, glaubet nicht, Kinder, was der Mensch euch sagt. Es ist gelogen, wenn er etwas sagt, was gegen die Religion ist.“ Dann wieder zu dem Lehrer: „Sie haben keine Religion, Sie kommen nur mit Ihren nationalen Vorurtheilen, wodurch, verpehnen, vergiften mit die Kinder. Schämen Sie sich! Ich verbiete Ihnen, solche Sachen den Kindern vorzutragen. Erzählen Sie lieber die Entstehung des Staates Preußen.“ — Nach einer kleinen Erholungs-pause fuhr der Herr Pfarver zum letzten Angriffe an: „Sie

kennen ja selbst keine Geschichte! Schämen Sie sich! Ich werde öffentlich auf der Kanzel die Eltern vor Ihnen warnen. — Wenn die Elässer der solchen eifrigen Pastoren keine guten Deutschen werden — dann verdienen sie es gar nicht, welche zu sein!“

(Die Wiener Blätter) bringen folgende Nachricht: „Wegen Ankündigungen von Arbeiterentlassungen gab es in der Maschinenfabrik von Kersch in Ruderz bei Graz in den letzten Tagen drohende Scenen. In Folge dessen wurden Mittwoch (24. Dezember) Mittwoch unter Intervention des Bezirkshauptmanns und unter militärischer Assistenz 768 Arbeiter entlassen. In dessen wurde angekündigt, daß am Freitag sämtliche Arbeiter, bis auf 250, wenn sie sich der Diszi-plinierung fügen, wieder aufgenommen würden. Sicherheits-halter ist das Militär in den Kasernen designirt. Man be-schärft Unruhe.“

Militär, und immer wieder Militär, das ist die Antwort auf jedes berechtigste Verlangen im heutigen Staate, das ist das vielgerühmte „freie Ueberkommen“, das ist die Summa-zwischen Kapital und Arbeit!

(Zustände in Amerika.) Das „Freundenbl.“ bringt folgenden Auszug aus dem Briefe eines jungen Berliner Bauarbeiters: „Von den jungen Leuten, die mit mir auf dem Schiffe waren (vor ca. 3 Monaten) geht es mir am besten; die meisten müssen traurige Erfahrungen machen; wieder ist einer nach Blackwell Island gegangen, dort erhalten sie wenigstens schwere Arbeit für Kost und Logis. — In den Straßen New-Yorks ist ein fürchterlicher Schmutz; wenn ich denke, wie die Berliner Zeitungen über das dortige Mafier herziehen, so sollten sie mal die Zustände hier kennen lernen, da würden sie anderer Meinung werden. Hier sind auf den Trottoirs Köcher, daß man bis zum Knie hineinfallen kann; aber die Dämme ist kaum höher zu kommen; will man ein Loch passieren, indem man hinüber springt, so fällt man sofort in ein anderes. Die Berliner Zustände sind golden gegen die hiesigen, trotz aller Paläste von Karmer etc. Soeben 8½ Uhr Abends (2. Dezember) zieht wieder ein Militär-Regiment, welches vom Scheiden-schießen kommt, unter den Klängen eines bekannten Oeffen-hausers, welcher den Kapitän eines Bataillons verberichtet, vorüber; voran Sappenne mit Helmen, dann die Miligen be-lagert, hinten ein Rigger mit zerflossener Scheibe, dann ein Wagen mit elektrischem Licht, welches die ganze kriegerische Bande hell bestrahlt! Auf der Fahne steht Arius Guard. An der nächsten Ecke werden sie von einem Bombardement von Leuchtflugeln empfangen! — Wer bezahlt nun den Schimmel? — Und dabei haben wir unzahlige solcher Regi-menten in allen nur denkbaren Uniformen, welche sogar wie schillernde Garderoben aussehen, aber Pöbelhänden tragen. Auch ein Landwehrcorps in der Uniform des preussischen zweiten Garderegiments existirt hier; der Oberst ist der Befehl der Atlantic-Gardens. Auch mein Vitzch ist Militär-mann und trägt mit Stolz die Pöbelhaube. Aus Deutsch-land rücken sie aus, um nicht Soldat zu werden, und hies sind sie ganz verpflichtet auf die Uniform! Die Offiziere des Militzen sind größtentheils Lagerbierwirth und werden alle (Kap'n) titulirt. Die Kavallerie besteht aus Grocerhändlern (bei uns Kolonial- und Ornatramhändler), weil sie alle Pferde haben, die sie zu ihrem Geschäft brauchen. Wenn diese ausrücken, so giebt das ein schönes Bild, z. B. ruft einer, ein Bierwirth: „O, Schulte, holla!“ — sogleich steigen mehrere vom Pferde, wenn sie auch nicht alle Schulte heißen, und fären sich bei dem Rufenden durch einen tüchten Trunt. Mitunter reiten vom ganzen Regiment nur zehn hinter ihrem Kap'n, natürlich vergeht der Vormittag, bevor sie nach dem Exerzierplatz gelangen. Man würde auch hier mit großer Vortheile Ordnung tragen, wenn es nur welche gäbe; dafür würde sie sich hier die Beste mit einer Menge sogenannter Badges, d. i. Abzeichen von Vereinen aller Art. Freimaurer zu werden, kostet hier 50 Dollars; während drüben Jedermann seine Freimaurerschaft streng geheim hält, macht man sich hier die Abzeichen womöglich an die Firma. Ein echter amerikanischer Bürger muß mindestens zwei bis drei Vereinen angehören, denn das Vereindwesen graffirt hier viel mehr, als bei uns. Mein Studenkollege ist ein Elger-remmacher, was mir angenehm ist, da ich von ihm eine ranch-bare Elgare für 5 Cents bekomme; denn die man hier zu 10 Cents kauft, ist kaum zu ranchen, was dadurch begründet ist, daß der Tabak sehr hoch vertheuert wird, ferner muß für jeden Arbeiter ein Gewerbesteuer von 10 Dollars gelöst werden, endlich kostet aber noch die fertige Gigarette pro 100 St. 50 Cents Steuer; ähnlich ist es mit dem Bier und allen Luxusgaben, dabei heißt es, hier brauche man keine Steuern zu zahlen! Direkt allerdings nicht, indirekt aber desto mehr!“ — Manches mag wohl in dem Schreiben übertrieben sein, aber im Ganzen sieht man: Ueberall, wo die Bourgeoisie herrscht — dieselbe saule Wirtschaft.

Vriestaken.

Gothmann, Norderney. Das Paquet mit social-politi-schen Blättern als unbestellbar retour gekommen. Genaue Adresse angeben.

Wlad in London. Eine Nummer unter Kreuzband kostet 1 Thlr. 16 Sgr., zwei Nummern dito 2 Thlr. 2 Sgr., drei Nummern dito 2 Thlr. 18 Sgr.

Annoucen.

Jahrgang II.

Die erste Lieferung

der

Social-politischen Blätter

erscheint den 20. Januar.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Der Jahrgang I. kann noch nachgeliefert werden.

Um zahlreiches Abonnement ersuchen

W. Hagenleber. W. Hasselmann.

Für Berlin.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.

Be-sa-m-l-u-n-g-e-n

Dienstag, den 13. Januar, Rüdersdorferstr. 45. Vortrag.

Donnerstag, den 15. Januar, Ballandstr. 12. Vortrag.

Sonabend, den 17. Jan., Plantenstr. 90. Vortrag.

Ein Schuhmachergesell auf Herren- und Damenarbeit wünscht in der Nähe des Rathauses bei einem Meiser Ver-schäftigung. Einwohnenden Berlin, Lindenstr. 46, 3 Treppen. S. Räder.

